

C-04 Das Recht auf Asyl gilt uneingeschränkt – auch in der Krise

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.04.2020
Tagesordnungspunkt: C Corona und die Folgen

1 Die zivilisatorische Errungenschaft des individuellen Rechts auf Asyl ist einer
2 der menschenrechtlichen Grundpfeiler des internationalen und deutschen Rechts
3 und der Europäischen Union. Es muss geschützt werden, zu jeder Zeit. Doch schon
4 vor der Pandemie haben die Mitgliedsstaaten der EU es nicht vermocht, dieses
5 Recht zu achten und gemeinsam zu schützen. Sie ließen zu, dass Menschen auf der
6 Flucht ertranken und in überfüllten Lagern auf europäischem Boden monate- und
7 jahrelang feststecken. Eine solidarische Verteilung der Menschen, die nach
8 Europa kamen, war ebenso nicht erreicht wie ein gemeinsames europäisches
9 Asylsystem.

10 Jetzt, in Zeiten der Krise, drohen diese Versäumnisse zu einer noch größeren
11 Katastrophe zu werden: Die von einigen Ländern der EU zugesagte Verteilung
12 besonders schutzbedürftiger Menschen aus den überfüllten Lagern auf den
13 griechischen Inseln verzögert sich lebensgefährlich. Und auch auf dem Mittelmeer
14 haben sich die EU-Mitgliedsstaaten aus der Verantwortung gezogen. Wenn
15 Schutzsuchende im zentralen Mittelmeer gerettet werden, verdanken wir das einzig
16 und allein dem Engagement der ehrenamtlichen Seenotrettungsorganisationen. Die
17 Pandemie stellt jeden EU-Mitgliedsstaat vor schwierige Herausforderungen.
18 Momentan wird sie jedoch als Vorwand genutzt, um Hilfsorganisationen beim Retten
19 von Menschenleben zu behindern und die staatliche Seenotrettung weiter
20 auszusetzen. All das nun mit dem Hinweis auf die Gefährlichkeit des Virus, auf
21 fehlende gesundheitliche Ressourcen in Südeuropa und aus Angst vor weiteren
22 Infizierten. Doch Europa darf Menschen nicht ertrinken lassen, die man retten
23 könnte.

24 Das Corona-Virus unterscheidet nicht nach Herkunft, Religion oder Aussehen. Es
25 fragt nicht danach, ob wir aus Deutschland, Afghanistan oder Syrien sind. Es
26 gefährdet uns alle. Und es ist, nach den Worten des Bundespräsidenten, eine
27 Prüfung für unsere Menschlichkeit. Für uns Grüne ist klar, dass wir diese Krise
28 nur gemeinsam meistern. Wir riskieren keine Toten, wo wir Leben retten können –
29 nicht hier, aber auch nicht in Italien, Griechenland oder auf dem Mittelmeer.
30 Wir setzen europäische Werte und Solidarität nicht aufs Spiel, wo sie dringender
31 denn je gebraucht werden. In der Corona-Krise haben wir ein Ziel: Wir lassen
32 niemanden zurück, auch nicht die Geflüchteten in Deutschland und an den
33 europäischen Außengrenzen.

34 **Schutzbedürftige aufnehmen, menschenwürdige Bedingungen schaffen, vor**
35 **Corona schützen**

36 Durch die Corona-Krise hat sich die Verteilung der Menschen aus den überfüllten
37 Lagern auf den griechischen Inseln nochmal lebensgefährlich verzögert.
38 Eigentlich hatten Anfang März sieben Mitgliedstaaten angekündigt, insgesamt
39 1.600 besonders Schutzbedürftige von dort aufzunehmen. Doch bis heute haben
40 lediglich Luxemburg und Deutschland Menschen zu sich geholt – zusammen insgesamt
41 59 Kinder. Das ist nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

42 Mehr als 35.000 Geflüchtete stecken auf den griechischen Inseln fest, 18.000
43 alleine im Camp Moria auf Lesbos, das ursprünglich für 3.000 Menschen konzipiert
44 war. Es fehlt an Medikamenten, Toiletten, Platz zum Abstandhalten. Nicht einmal
45 fließend Wasser gibt es jeden Tag. Niemand kann sich dort ausreichend vor einer
46 Ansteckung mit dem Covid-19 Virus schützen. Auf ganz Lesbos gibt es nur sechs
47 Intensivbetten. Angesichts dieser Bedingungen ist es nur nachvollziehbar, dass
48 die Geflüchteten große Angst um sich und ihre Liebsten in den Camps haben, wenn
49 das Virus dort ankommt. Dass die Bundesregierung es nach langem Ringen geschafft
50 hat, gerade einmal rund 50 Kinder aufzunehmen, ist unter diesen Umständen
51 beschämend.

52 Viele Städte und Gemeinden in Deutschland und auch in anderen europäischen
53 Staaten, selbst ganze Bundesländer haben ihre Bereitschaft signalisiert, viel
54 mehr Menschen aufzunehmen. Darum müssen nun sofort zumindest die besonders
55 schutzbedürftigen Menschen, also Kinder, Schwangere, chronisch Kranke, Menschen
56 mit Behinderung und Ältere von den Inseln geholt werden. Die Bundesländer, die
57 deutlich erklärt haben, dass sie Kapazitäten für mehr Menschen haben und
58 aufnehmen wollen, müssen nun aktiv werden, Landesaufnahmeanordnungen erlassen
59 und mit dem Bundesinnenminister ein Einvernehmen über die Aufnahme herstellen.
60 Doch einzelne Bundesländer können die Probleme der Europäischen Asylpolitik
61 nicht im Alleingang lösen. Sie können nur ihren Beitrag leisten und vom
62 Bundesinnenministerium einfordern, dass Deutschland die eigenen Möglichkeiten
63 nutzt und endlich Verantwortung übernimmt.

64 **Wir Grüne fordern, in den nächsten Wochen zuerst die besonders**
65 **schutzbedürftigen**
66 **Menschen, wie unbegleitete Minderjährige, Familien mit kleinen Kindern oder**

67 **Corona-Risikofälle zu evakuieren.** Familien dürfen nicht auseinandergerissen
68 werden, auch wenn sie durchs enge Raster der Kernfamilien-Definition in der
69 Dublin-Verordnung fallen. Es ist absurd, wenn ein minderjähriger Junge nach
70 Deutschland kommt und von seiner Schwester getrennt wird, die mit einem kleinen
71 Kind in Moria zurückbleibt.

72 Aufgrund der Ausbreitung von Covid-19 können derzeit viele Visa mangels
73 Flugverbindungen nicht genutzt werden und verfallen. Daher braucht es einen
74 großzügigen Umgang mit Fristen und Verlängerungen von bereits ausgestellten
75 Visa. Da dies auch den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten in
76 Deutschland betrifft, der ohnehin auf maximal 1.000 Menschen pro Monat begrenzt
77 ist, fordern wir die Übertragung nicht ausgeschöpfter Kontingente auf die Zeit,
78 in der konsularischer Betrieb wieder vollumfänglich aufgenommen werden kann und
79 Flugverbindungen existieren. Sobald es wieder möglich ist, sollten die
80 Visaabteilungen personell aufgestockt werden, um zügig die aufgestauten Anträge
81 abarbeiten zu können.

82 Um Menschen nicht noch länger im Ungewissen zu lassen, setzen wir uns dafür ein,
83 die 6-monatige Dublin-Rücküberstellungsfrist nicht zu verlängern oder
84 auszusetzen, sondern die Zuständigkeit für das Asylverfahren nach Ablauf der
85 Frist anzuerkennen.

86 Auch die EU-Kommission muss ihren Teil dazu beitragen, die menschenunwürdige
87 Situation in den Lagern auf den griechischen Inseln zu beenden und dabei
88 unterstützen, dass die sichere Aufnahme der Geflüchteten in anderen EU-

88 Mitgliedsstaaten finanziert wird. Statt 280 Millionen Euro dafür auszugeben,
89 überfüllte Lager einige Kilometer weiter durch geschlossene Freiluftgefängnisse
90 für die Geflüchteten zu ersetzen, sollte die medizinische und humanitäre
91 Versorgung der Menschen verbessert werden.

92 **Häfen öffnen, Menschenleben retten**

93 Über Ostern wurde von überfüllten Booten im Mittelmeer berichtet, die Notrufe
94 abgesetzt hatten, jedoch von den maltesischen und italienischen Behörden
95 ignoriert wurden. Die Bundesregierung forderte von den Seenotrettungs-NGOs sogar
96 einen Stopp ihrer Rettungseinsätze im Mittelmeer. Damit unterstützt Deutschland
97 die Blockadepolitik Italiens, Maltas und anderer Mitgliedstaaten und nimmt in
98 Kauf, dass Menschen im Mittelmeer sterben oder aber in libysche Folterlager
99 zurückgebracht werden, wo auf sie die Hölle auf Erden wartet. Das ist zutiefst
100 unmenschlich.

101 Im zentralen Mittelmeer trotzen zivilgesellschaftliche Seenotretter*innen der
102 tödlichen Blockadepolitik und retten auch in Zeiten von Corona so viele Leben
103 wie nur möglich. Wir Grüne stehen an der Seite dieser starken und solidarischen
104 Zivilgesellschaft und stellen uns ihrer zunehmenden Kriminalisierung entgegen.

105 Die Pandemie erfordert zusätzliche Vorsichtsmaßnahmen, aber sie entbindet einen
106 nicht von der Pflicht, Menschen vor dem Ertrinken zu retten. Die Häfen Italiens
107 und Maltas sind offen, es fahren täglich Schiffe ein und aus. Es gibt keinen
108 Grund, sie ausgerechnet für Rettungsschiffe zu schließen.

109 **Wir Grüne fordern, dass sich die Bundesregierung gemeinsam mit anderen**
110 **Mitgliedstaaten und der EU-Kommission dafür einsetzt, dass Italien und Malta**

111 **ihre Häfen für Rettungsschiffe wieder öffnen.** Und wir brauchen dringend und
112 weiterhin ein europäisches Seenotrettungsprogramm für das Mittelmeer, zu dem
113 auch Deutschland mit Booten seinen Beitrag leisten muss.

114 Um eine mögliche Ausbreitung des Virus zu verhindern, können Schutzsuchende auf
115 derzeit still liegenden Fähren und Kreuzfahrtschiffen in 14-tägige Quarantäne
116 gebracht werden. Danach muss eine Verteilung der Menschen auf EU- Staaten
117 erfolgen. Hierfür braucht es eine Neuauflage und Erweiterung des Abkommens von
118 Malta aus dem vergangenen September.

119 **Ein gerechtes und effizientes Europäisches Asylsystem voranbringen**

120 **Wir Grüne setzen uns für eine Reform des Europäischen Asylsystems ein.**
121 **Dabei**

121 **müssen faire, schnelle und geordnete Verfahren an den europäischen**
122 **Außengrenzen**

122 **genauso wie ein funktionierender Verteilmechanismus im Zentrum stehen.**

123 Langwierige Verfahren, Zulässigkeitsprüfungen und Vorprüfungen von Asylanträgen
124 führen zu Situationen wie derzeit auf den griechischen Inseln. Und genau das
125 wollen wir vermeiden. Schutzsuchende müssen deshalb an den Außengrenzen schnell
126 registriert werden, einen Gesundheitscheck und Sicherheitskontrollen durchlaufen
127 und dann rasch auf die Mitgliedstaaten verteilt werden. Kapazitäten der
128 Aufnahmezentren dürfen nicht überschritten werden.

129 Um Schutzsuchende gerecht zu verteilen, setzen wir auf einen Ansatz, der das
130 Potenzial der Solidarität in Europa voll ausschöpft. Hunderte von Städten und

131 Gemeinden in Europa haben sich bereit erklärt, Asylsuchende aufzunehmen. Für uns
132 ist das der Ausgangspunkt. Wer helfen will, muss helfen können. Dabei müssen EU-
133 Gelder zur Unterstützung bereitgestellt werden. Wir setzen auf positive Anreize
134 zur Stärkung der Solidarität. Wenn die freiwilligen Kapazitäten erschöpft sind
135 und weitere Plätze für Asylsuchende benötigt werden sollten sich in einem
136 weiteren Schritt alle Mitgliedsstaaten solidarisch beteiligen. Mitgliedstaaten,
137 die sich grundsätzlich gegen die Aufnahme von Schutzsuchenden sperren, sollen
138 stattdessen einen angemessenen Beitrag leisten und sich so an einem
139 funktionierenden Europäischen Asylsystem beteiligen.

140 **Geflüchtete auch hierzulande schützen**

141 Im Kampf gegen die Ausbreitung des Corona-Virus darf es keine doppelten
142 Standards geben. Auch Geflüchtete müssen vor Corona geschützt werden – weltweit
143 und hier in Deutschland. Neben zwingenden Hygieneplänen für eine Entzerrung
144 innerhalb der Erstaufnahmeeinrichtungen und in Gemeinschaftsunterkünften muss
145 eine sofortige Umverteilung von mindestens den Risikogruppen und den
146 schutzbedürftigen Personen in die Kommunen erfolgen.

147 Abschiebungen sind derzeit faktisch ausgesetzt, da der Flugverkehr nahezu
148 eingestellt wurde. Es ist auch aus menschrechtlicher Sicht absolut inakzeptabel,
149 in Zeiten einer Pandemie an Abschiebungen festzuhalten, wie es die
150 Bundesregierung jedoch tut. Sie gefährdet damit nicht nur die Geflüchteten,
151 sondern auch die beteiligten Beamt*innen und das Bordpersonal.

152 **Neben den 16 Landesintegrationsbeauftragten und zahlreichen Flüchtlings- und**

153 **Menschenrechtsorganisationen fordern auch wir Grüne, Abschiebungen ausnahmslos**

154 **auszusetzen.** Dafür soll ein Abschiebestopp aus humanitären Gründen erlassen und
155 die Abschiebhaft entsprechend ausgesetzt werden. Das BAMF und die
156 Ausländerbehörden sollten keine negativen Bescheide mehr ausstellen, da
157 Beratungsstellen und Anwalt*innen nur eingeschränkt arbeitsfähig sind. Alle in
158 Deutschland lebenden Menschen sollten unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus
159 uneingeschränkt Zugang zu unserem Gesundheitssystem haben. Auch bei den
160 Sozialleistungen muss darauf geachtet werden, dass Empfänger*innen nach dem
161 Asylbewerberleistungsgesetz bei den Hilfspaketen nicht vergessen werden.